

Erstmalig ist erschienen
die **„Die Haus Welt“**
(Kochbuch)

Preis 1.00 Mk.

Verlag: ...

Die Sozialdemokratie

Abonnement
für die 6 wöchentlich
erscheinenden Nummern
des 23. Jahrgangs
zu Mk. 1.50

Einzelnummern
zu Mk. 0.25

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schwetznitz, Corgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.
Haupt-Verlagsstelle: Herz 42/43. Gedruckt wochentlich von 7 Uhr früh bis 7 Uhr nachm. in Schriftleitung: Herz 42/43. Sprachstunde wochentlich 7/12-1/1 Uhr mittags.

Anwesenheitsgelber.

Eine große Reform steht bevor im — preussischen Dreiklassenwahlrecht. Wer hätte das gedacht! Dieses Haus, das gerade deshalb immer noch ein Bollwerk der Reaktion ist, weil es jede Änderung und Besserung hart von der Hand weist, will sich selbst reformieren! Freilich man braucht darum noch nicht zu erschauern. Noch ist's kein Umsturz, der geplant wird, auch keine Beseitigung des Wahlrechts — vorläufig ist die Herren Abgeordneten nur mit ihren Diäten unzufrieden. Schon lange munkelte man davon, und nun hat einer der Führer der großen Parteien, Herr von Helldorf, die Sache mit deutlichen Worten ausgesprochen. Die Reform scheint demnach wirklich im Gange zu sein, und so ist es wohl an der Zeit, ein paar erläuternde Bemerkungen dazu zu machen.

Von Herr v. Helldorf an, ist der Herr v. Helldorf, der in seinerzeit im Reichstag geltend gemacht wurde; die unglückliche Schwärzerei der Herren Abgeordneten. „Das Haus ist, außer bei großen Gelegenheiten, in der Regel sehr dünn besetzt“, sagte Herr v. Helldorf, und in der Tat, wenn ein Fremder zum erstenmal die Tribüne betritt, wird er sich erstaunt in dem leeren Saale umsehen, wo ihm die langen Reihen verödeten Stühle förmlich angrinsen. Manchmal find außer dem Redner, dem Präsidium, den Stenographen und den Dienern kaum ein Dutzend Abgeordnete zu erblicken. Es ist hier natürlich unendlich zu überlegen. 448 Mitglieder zählt das preussische Parlament, aber wie glauben nicht, daß seit Beginn dieser Session schon niemals mehr als 100 anwesend gewesen sind. Und das sind dann schon die „großen Gelegenheiten“, in der Regel wird die Zahl 100 nicht erreicht.

Diesem Uebelstand hat man im Reichstag bekanntlich dadurch abzuhelfen gesucht, daß der Abgeordnete für jeden Tag der Anwesenheit 20 Mk. von seinen Diäten verliert. Der Gedanke ist ja auch sehr naheliegend, daß nur derjenige Diäten beziehen soll, der „wirklich an den Arbeiten des Hauses sich beteiligt“. Im preussischen Abgeordnetenhause ist das bislang nicht der Fall, da bekommt jeder, der sich am Anfang der Session einfindet, pro Tag 15 Mk. Es wäre nun in der Tat ein bedeutsamer, ein kaum glaublicher Fortschritt, wenn es wirklich — wie glaubhaft behauptet wird — eine Anzahl Abgeordnete geben sollte, die nur am Anfang der Session nach Berlin kommen, um sich einzufinden, dann sofort wieder verschwinden, sich nie wieder sehen lassen, aber allmonatlich mit der Waise ihre Diäten empfangen. Das ist zweifellos nicht der Zweck der Diäten, und wenn solche Schwärzerei wirklich geübt wird, so ist derjenige, der sie begeht, nicht unseres Verfalls von vornherein gewiß.

Trotzdem können wir uns mit der Lösung nicht befremden, die Schmidt die einfachste ist: die Anwesenheitsgelber, bezart daß der Abgeordnete Diäten nur für die Tage bekommt, an denen er im Hause gewesen ist. Die Herren Abgeordneten, die hiergegen protestieren, sind unseren Parteigenossen meist unbekannt, gerade deswegen möchten wir einmal darauf hinweisen.

Die Art, wie die Sache im Reichstag geregelt ist, kann ja kaum mit dem gefürchten Verschwendungsberechtigtem werden und findet ihre Erklärung nur in ihrem durchaus reaktionären Zweck. Dort erhalten die Abgeordneten keine Tagesgelber, sondern eine Gesamtsumme von 3000 Mk. für die ganze Session; für jeden Tag der Anwesenheit werden 20 Mk. abgezogen; als Beweis der Anwesenheit gilt das Fehlen des Einzeichnungs und das Fehlen bei einer namentlichen Abkündigung. Es genügt demnach, daß der Abgeordnete zu Beginn der Sitzung sich einzeichnet, dann kann er wieder gehen. Es genügt auch, daß er kurz vor Schluss der Sitzung kommt, um sich gerade noch einzusprechen. Diese Regelung bringt ihn also zur Anwesenheit in Berlin, aber nicht zur Anwesenheit im Hause, noch weniger zur Mitarbeit. Angenehm sind uns Fälle bekannt, wo ein Abgeordneter eine große Rede gehalten hat, also zweifellos anwesend war; aber er hatte vergessen, sich einzusprechen, und verlor ohne Gnade seine 20 Mk. Noch trasser liegt ein anderer Fall: ein Abgeordneter wurde unwohl und mußte ins Krankenzimmer geschickt werden; zwei andere Abgeordnete, die gerade sind, leisteten ihm Hilfe; insofern fand im Saale eine namentliche Abkündigung statt und alle drei Namen um ihre 20 Mk.

Wohl schlimmer noch ist die Schwärzerei im Reichstage. Dort werden die Diäten in Raten ausgeschüttet, bereit, daß vom 1. April ab noch ein Rest von 1000 Mk. verbleibt. Diese 1000 Mk. kommen am Schluss der Session zur Auszahlung. Sobald der 1. April vorüber ist, hat demnach jeder Abgeordnete ein großes persönliches Interesse am möglichst schnellen Schluss des Reichstages. Denn je länger die Sitzungen noch dauern, desto größer sind seine Ausgaben, desto weniger bleibt ihm von den 1000 Mk., und desto größer ist zugleich die Gefahr, daß ein oder einige Male 20 Mk. zu verlieren. Ganz naturgemäß drängt also alles auf Schluss hin, ohne Rücksicht auf sorgfältige Erledigung der Geschäfte. Dies ist aber gerade der rationelle Zweck des Diätengesetzes, die Regierung wird dadurch der Reichstag um so eher las.

Nun könnte man ja — so wird mancher meinen — diesen Unzulänglichkeiten bei der Neuregelung im preussischen Abgeordnetenhause vermeiden. Man könnte einfach bestimmen: jeder Abgeordnete bekommt pro Tag seiner Anwesenheit so und so viel Mark. Aber auch das ist nicht richtig.

Welches ist denn der Zweck der Diäten? Sie sollen nicht, wie vielfach geglaubt wird, eine Einkommensquelle für den Abgeordneten sein, sondern ein Ersatz für seine notwendigen

Ausgaben. Schon hierin liegt — nebenbei bemerkt — daß sie in ihrer gegenwärtigen Höhe viel zu gering sind. Bei den heutigen Preisen des Getreides, der Lebensmittel usw., kann ein Abgeordneter, der nicht seinen häuslichen Wohnort in Berlin hat, weder mit 15 noch mit 20 Mark auskommen. Außerdem ist nicht für entgangenen Arbeitsverdienst gemacht. Es liegt jedoch auf der Hand, daß diejenigen Abgeordneten, die nicht ein festes Gehalt haben, sondern nur Lohn für ihre Arbeit beziehen, einen nicht geringen Teil ihres sonstigen Einkommens einbüßen.

Betrachtet man nun die Diäten nur als Ersatz der Aufwendungen, die der Abgeordnete machen muß, so verbietet schon die Gerechtigkeit, sie nur im Falle der Anwesenheit zu zahlen. Wenn ein Abgeordneter krank wird, wenn ein dringendes Berufsgeschäft ihn auf ein bis zwei Tage abruft, so sind seine Aufwendungen darum nicht geringer, gerade wie ja auch die Sonntage den auswärtigen Abgeordneten mindestens ebensoviel kosten, wie die Arbeitstage.

Doch das ist noch das Wenigste. Viel wichtiger ist — und darauf allein kommt es uns an — daß Anwesenheit noch lange nicht dasselbe ist wie Beteiligung an der Arbeit. Es gibt a. B. im Abgeordnetenhause bei allen großen Parteien — Konserwativen, Progressiven, Zentrum und Nationalliberalen — eine ganze Anzahl Mitglieder, die zwar täglich anwesend sind, aber absolut nicht mitarbeiten. Bei großen Fraktionen kann ja von vornherein nicht jeder zum Nutzen kommen. Da hängt es dann lediglich vom persönlichen Temperament ab, ob jemand sich passiv betätigt oder — um den richtigen, wenn auch deren Ausdruck zu brauchen — herumlungert. Für dieses herumlungern würde er dann Tag für Tag seine Diäten schlucken. Angenehm kann der Ehrgeiz gerade durch die Arbeit manchemal an der Anwesenheit verhindert werden. Wer a. B. über die preussische Anwesenheitspolitik reden will, müßte sich gewisse nachdenken begeben, um die Anwesenheitsbedürfnisse zu berücksichtigen. Wer die Tätigkeit des Sozialisten kontrollieren soll, müßte manchmal nach Westfalen und dem Saarrevier reisen. Die finanziellen Erziehungsanstalten, die Eisenbahnen müßten besichtigt werden usw. Aber auch wer in Berlin bleibt, würde gerade durch seine Mitarbeit öfters vom Hause ferngehalten werden. Die Sitzungen nebmen ziemlich die ganze normale Arbeitszeit des Tages in Anspruch. Wenn soll der eifrige Abgeordnete die Vorlagen, die ihm zugehen, und die dazu gehörige Literatur durchsehen? Er kann es fast nur während der Sitzungsstunden. Wenn nicht er es in Ruhe im Lesesaal, in der Bibliothek tun können, aber nicht immer. Häufig läßt es sich nicht umgehen, andere Bibliotheken aufzusuchen oder in der eigenen Wohnung zu arbeiten. In all solchen Fällen würde er seine Diäten verlieren und die Regelung nach Anwesenheitsgelbern käme darauf hinaus, gerade die Faulen zu begünstigen und die Fleißigen zu benachteiligen. Dabei ist noch gar nicht berücksichtigt, daß ein an so hervorragender Stelle stehender Politiker auch noch zu anderer Tätigkeit für seine Partei verpflichtet ist: er muß von Zeit zu Zeit seinen Wählern Bericht erhalten, in sonstigen Versammlungen reden usw. Der gewöhnliche Abgeordnete wird sich dadurch natürlich auch durch finanzielle Bedenken nicht abhalten lassen, und so würde im Hause das Feld noch mehr als bisher der lieben Mittelmäßigkeit überlassen bleiben.

Was man in Preußen tun wird, kann uns Sozialdemokraten ja ziemlich gleichgültig bleiben. Denn unsere sechs Mann haben so viel zu tun, daß sie ohnehin jeden Tag da sein müssen. Aber zur weiteren Auffklärung schien es uns doch ratsam, das wahre Wesen der Anwesenheitsgelber einmal auseinander zu legen. Es gibt wirklich kein anderes Mittel als die Selbstprüfung der Abgeordneten. Das es bei den reaktionären Parteien hieran bedenklich mangelt, hat sogar der Herr v. Helldorf angedeutet. Und das zeigt zugleich, was es mit dem Gerücht auf sich hat, die Sozialdemokraten hätten das „Aveum“ des Hauses herabgedrückt.

Politische Ueberblick.

Halle a. S., den 7. Mai 1912.

Hei, wie ist der Freisinn „national“!

Die Fortschrittler sind in Gefahr, ein Reichstagsmandat zu verlieren. Da gebärden sie sich ganz wütend „national“ und „bürgerlich“. Man höre:

Aus dem Reichstagswahlkreis Carolinensdorf, in dem am 9. Mai die Stichwahlen zwischen dem sozialdemokratischen und dem fortschrittlichen Kandidaten angelegt ist, wird gemeldet, der Vorstand der nationalliberalen Wahlvereinsorganisation habe beschlossen, keine Parole für den von der fortschrittlichen Partei aufgestellten Kandidaten Dr. Wiemer auszugeben. Der erste Vorlesende, Dr. Artztowest, hat daraufhin sein Amt niedergelegt.

Die Freisinnigen sind ab dieser Schriftleitung einiger nationaler Quersitz arg in die Walle geraten. Sie befürchten, daß sich doch die nationalliberale Parteileitung in Berlin im „freudiger Sozialist“ sofort ungewöhnlich auf die Seite der bürgerlichen (!) Kandidatur gestellt habe. Auf die Werbung von dem Ausschuß der Vertrauensmännerversammlung am Sonntag habe Abg. Dr. Friedberg gleich am Montag an Dr. Lottmann folgendes Telegramm gerichtet:

„Nationales (!) Interesse erfordert dringend Parole für bürgerlichen (!) Kandidaten.“

Auch die parteioffizielle Nationalliberale Korrespondenz befaßt sich in ihrer neuesten Nummer mit der Angelegenheit. Sie weist auf die Erklärung hin, die sie gleich nach der Hauptwahl erlassen hat und in der es heißt:

„Sobald die für die Stichwahl aufgestellten Parteien, wie es ihre selbstverständliche nationale Pflicht ist, ihre Stimmen geschlossen für den bürgerlichen Kandidaten abgeben, kann das schmähliche Scheitern des Heberananges eines weiteren bürgerlichen Mandats in sozialdemokratische Hände noch verhindert werden. Allerdings wird es, um einen solchen Ausgang mit Sicherheit ummöglich zu machen, erforderlich sein, daß alle bürgerlichen Parteien, auch die Nationalen in die Maßnahme heranbringen, zumal eben die Sozialdemokratie noch über Giftstropfen verfügen dürfte.“

Es ist erfreulich, daß sich bei solchen Gelegenheiten umgänglich zeigt, welche tiefe Kluft zwischen den Fortschrittlichen als Vertreter der Freisinnigen (denn das bedeutet „national“ und „bürgerlich“) und der Sozialdemokratie als Vertreter der Arbeiterinteressen liegt. Das ja offenbar die Welt weiß dann, wo es hingehört.

Die „politische Gleichberechtigung“ in Baden.

Aus Mannheim wird uns geschrieben:

Die Bezirksräte sind die folgehaltigen Behörden in den Bezirksämtern. Die Mitglieder werden von der Regierung ernannt, aber die Regierung hat sich dabei an eine von der Kreisversammlung (erweiterter Kommunalverband) aufgestellte Vorschlagsliste zu halten. Nachdem es der sozialdemokratischen Partei in Mannheim trotz des besetzten und reaktionären Ausschusses für die Kreiswahlen möglich war, einige Vertreter in der Kreisversammlung zu erhalten, mußten sich die Bürgerlichen bereit finden, in die diesjährige Vorschlagsliste einige Sozialdemokraten aufzunehmen. Für drei ausstehende Bezirksräte mußten neun Vorschläge gemacht werden, aus denen dann die Regierung wieder drei Wähler auswählte. Von unserer Seite waren die Genossen Volkstagsabgeordneter Geiß und Stadtrat Warber genannt worden.

Trotz der früher eingenommenen ablehnenden Stellung der Regierung gegenüber der Wahl von Sozialdemokraten zu Bezirksräten rechnete man allgemein mit der Verwirklichung wenigstens eines der Kandidaten bei der diesjährigen Wahl. Denn bisher war ja die Regierung noch nie gezwungen gewesen, sich über auf Vorschlagslisten genannte Sozialdemokraten zu entscheiden. Die Entschädigung liegt in reaktionärem Sinne aus. Weber Geiß noch Warber wurde gewählt. Sozialdemokraten dürfen also nach wie vor nicht die Bezirksräte werden. Offenbar ängstigt sich Herr Minister v. Dusch um die Monarchie.

Volle politische Gleichberechtigung gibt es, wie dieser Vorgang zeigt, auch in Baden nicht, und es ist jedenfalls sehr notwendig, der Regierung wegen dieser ihrer neuesten Leistung kräftige Rüge anzulassen.

Zwei großagratische Stückchen.

1. Wie die Agrarier terrorisieren! Das Auersbacher Stadtblatt hat aus dem Wahlkreise des Herrn v. Seydewitz folgende bezeichnende Zuschrift erhalten:

„Herrn Schmidhals, dem Väter des Mittelgutes des Reichstagswahlkreises (Kreis Wittlich) wurde von der Eigentümerin des Gutes, Frau v. Wechmar, die Nacht — die laut Kontrakt noch 10 Jahre dauere — gelündigt, angeblich aus dem Grunde, weil Herr Sch. einen kleinen Teil des gepachteten Weckens an kleine Stellenbesitzer und Häuser zum Selbstkostenpreise abgetreten hat. Man geht aber nicht erst in der Annahme, daß die Kündigung in Wirklichkeit deshalb erfolgte, weil Herr Schmidhals sich erdreiste, als liberaler Reichstagskandidat gegen Herrn v. Seydewitz aufzutreten; denn schon im vorigen Jahre wurde er von dem Sohne der Reichsgräfin, einem altlith. Offizier aufgefordert, von der Pacht zurückzutreten und die liberale Pacht zu verlassen und zum Bund der Landwirte — wobei er als Väter des ihm und seiner Mutter gehörenden Rittergutes „naturgemäß“ gehöre — überzutreten, was Schmidhals ablehnte.“

Wer nicht die vorgezeichnete „naturgemäße“ politische Gesinnung hat, wird ausgemerzt. Großagratische Moral!

2. Wie die Agrarier Steuern zahlen! Ein agrarisches Stückchen ist am Sonntag von der Deffauer Strafammer als Verurteilungsinhalt verhandelt worden, und zwar handelte es sich um den Oberamtmann Gutbesitzer Louis Wehner in Jonib. Mitglied des anhaltischen Landtags und eifriger Anhänger der „Ordnungspartei“, auf einer gräßlichen Unordnung erlapp. Wehner war eine Meile von Jäger Wäldern des Raumerschen Gutes in Jonib gewesen und gab im Juni 1911 die Pacht an einen anderen Landwirt ab. Dieser nahm man Inventar und Bezugs genau auf und kam dabei an einen Heuboden, aus dessen Latten gutes Wiesensheu hervorquoll. Eine eingehendere Beschichtigung des gesamten Bodeninhalts war nicht möglich, weil jeglicher Aufbruch zu dem Boden fehlte, außerdem auch die Latten mit Latten verstell waren; indes erklärte Wehner den Taxatoren als „Ehrenmann“, daß alles Heu des Bodens der Qualität des an den Latten sichtbaren Heues entspräche. Es ward demgemäß die Pacht gemacht. Alles schien in höchster Ordnung, bis nach wenigen Tagen schon der neue Pächter erdachte, daß am dem Boden lediglich die Latten neu

auf die Beobachtung einwirken, weil diese darin einen Protest gegen das französische Protokoll erheben würde. Außerdem würden dadurch der Durchführung des Protokolls und der Reorganisation der Verwaltung auch noch andere Schwierigkeiten bereitet werden. Die beachtlichste Reife des Entschlusses nach Abat wird von den Franzosen auch nicht mit besonderer Freude betrachtet. Man läßt sie aber doch zu, weil man diese Zustimmung als das kleinere Übel gegenüber der Folgen, die aus einem Verbot entstehen, ansieht.

Aus der Partei.

Zum Mitgliede des Parteivorstandes

wurde an Stelle des verstorbenen Genossen Leopold Diepman n. gemäß § 15 des Organisationsstatuts der Partei, Genosse Paul W. v. d. V. in den Rang von Kontrollkommissionen gewählt. Genosse W. ist Vorsitzender der Wahlorganisation von Niederbarnim.

Gewerkschaftliches.

Die Tarifpolitik im Malergewerbe.

Wichtige Ereignisse bereiten sich im Maler- und Lackierergewerbe vor. Der zwischen dem Unternehmerverband und dem Arbeiterverband Anfang 1910 abgeschlossene Reichsstarifvertrag geht seinem Ablaufstermin entgegen; sein Wunden, daß das in dem befristeten Reichsstarif keine Anzeichen der Interessensgleichheit über die durch den Abschluß des Reichsstarifs so ganz und gar nicht in Erfüllung gegangenen tarifigen Versprechungen untertrifft werden, denn tatsächlich hat der Reichsstarif die Arbeitsverhältnisse im Malergewerbe nicht verbessert. Die durch ihn eingetretenen materiellen Verbesserungen werden von vielen Unternehmern in ihrer sozialpolitischen Realität als bitteres Unrecht empfunden. Auch über die Tarifinhalten ist so mancher Unternehmer ungenähert, weil sich die darin liegenden Unparteilichkeiten nicht mißbrauchen ließen, den klaren Tarifbestimmungen und einfachen Rechtsgrundsätzen entgegen zugunsten der Unternehmer zu entscheiden, um das, obwohl einige Unternehmer die genauesten Auslegungsmöglichkeiten und Obstruktionsmanöver zur Anwendung brachten.

Größten Widerstand leisteten die vereinigten Unternehmer der Einführung der nach dem Reichsstarif anzutretenden paritätischen, obligatorisch zu benutzenden Arbeitsnachweise, als einer vermeintlichen Waffe zur Stärkung der Gehilfenorganisation. Doch auch hier geht es vorwärts. Denn trotz aller Gegenwehr sind bereits meist ohne den eigentlich erforderlichen Segen des Unternehmerverbandes, in den verschiedenen Städten folgende Nachweise eingerichtet worden. Besonders ist Hamburg zu erwähnen, wo erst gewisse Preisermittlungen in Anwendung kommen mußten, um die tariflichen Umarmungen zu erzwingen.

Da die Malermeister die Unzulänglichkeit, gegen den Tarifverband offen Front zu machen, eingesehen, werden sie weiter versuchen, geküßt auf die Kartellierung mit den Bauunternehmern, auf eine Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse der Arbeiter hinzuwirken. Trotzdem hat der Unternehmerverband erleben müssen, daß sich von ihm ein neuer Verband abgespalten hat, der mehr auf die größeren Firmen zugeschnitten ist und in gewerblichen Fragen größeren Weitsicht fordert. Die so geschaffene Situation veranlaßt den Verband der Maler, in eine besondere Agitation einzutreten. Am 4. und 5. Mai werden zunächst in 20 Versammlungen in allen namhaften Orten die bevorstehenden Ereignisse, besonders aber die Tarifpolitik der Arbeitgeberverbände eingehend erörtert werden.

Manntarife sind die Arbeitswilligen!

Nach preussischer Mutter beurteilt die Schöffengericht in Babel in Dresden zwei Fabrikarbeiter zu einem Monat bezw. eine Woche Gefängnis. Die beiden Angeklagten sollen einem Streikbrecher gegenüber die Verletzung getan haben: Die Strafe für seine unehrenhafte Handlung hätte er nach sich zu ziehen. In diesen Worten sah das Gericht Verhöhnung und Beleidigung. Der Anwalt hatte nur drei bezw. zwei Tage Gefängnis beantragt. Das Gericht ist also weit über diesen Antrag hinausgegangen. Es ist doch ein gar eigen Ding um die Streikbrechererei! — Gegen das Urteil ist Berufung eingelegt.

Lohnbewegungen im Tischlergewerbe.

Der Streik der Breslauer Töpfer und Hilfsarbeiter ist nach siebenwöchentlichem Dauer mit gutem Erfolg beendet. In letzter Stunde griffen, da die Breslauer Unternehmer von ihren Verbänden die Unterstützung über Deutschland verlangten, die Vorstände der Odenfabrikanten, der Odenfabrikanten und des Gehilfenverbandes ein und gelang es, zu einem befriedigenden Ergebnis zu kommen. Für die Odenfabrik eine neue, günstigere Berechnung ihrer Alfordarbeit, die im Durchschnitt eine Aufbesserung von 10 Prozent bringt, eingelegt, die Odenfabrik erreichen auf Nachzahlung circa 12 Prozent Aufbesserung und verschiedene Zuschläge auf Versicherungen. Den Hilfsarbeitern wurde eine Lohnskala zugewilligt, unter die fortan nicht mehr heruntergegangen werden darf. Die Arbeit ist am 2. Mai wieder aufgenommen worden. In Göttingen, E. (Firma Egeger & Robert), Landsberg a. W., Stolp i. B. und Stolow stehen die Töpfer im Streik. Zusatz ist streng fernzualten.

Aus der Provinz.

Ein Rathwort zum Weineidprozess Zeidler.

Ein Arbeiterkassino ist kein Offizierskassino und bürgerliche Schwurgerichte sind keine Weineidgerichte. Wenn wir den in seinem Aufbau wohl einzig dastehenden Weineidprozess, der am letzten Freitag am Richteramt vor dem halbesche Schwurgericht zum gräulichen Abschlus kam, einer Kritik unterziehen, so tun wir dies nach eingetretener Zurückziehung und Scheiden alles aus, was uns irgendwie Konflikte einbringen könnte. Unsere Forderung nach dem Ausbau und Umbau der Schwurgerichte zu wirklichen Vollgerichten ist bekannt, und nicht bloß die Sozialdemokraten, sondern auch andere Leute verlangen die Befreiung der Schwur-, Schöffens- und sonstigen Kassengerichte mit Personen aus allen Klassen der Bevölkerung. Bei den Gewerks- und Kaufmannsgerichten ist gestrichelt ein kleiner Anfang gemacht worden. Unsere heutigen Schwurengerichte sind Kassengerichte in nachster Form, denn nur die besitzlose Klasse fällt den sogenannten Wahrprüch. Höchst selten taucht in Preußen einmal ein der Arbeiterklasse angehörender Bürger als Geschworener auf. Das liegt im System und im Gesetz begründet, da Geschworene bekanntlich keine Diäten bekommen. Man regt sich auf, wenn wir von Klassenjustiz und Klassengerichten reden. Wer denkt von einem einmal den leicht möglichsten Fall, vielleichte hätte sich in Schwabing im Arbeiterkassino abgespielt hätte sich in irgend einem Offizierskassino, also in einem ganz anderen Milieu und unter ganz anderen Formen abgespielt und nur Männer der Arbeiter, Nichtbesitzende sollten dazu berufen sein, über den ihnen weitfernden Fall abzuurteilen. Welch Geschrei würde da wohl unter besitzlose Klasse über Kassengerichte und Klassenjustiz aufstimmen? Und wir geloben: mit Recht. Denn sind die Arbeiter diejenigen, die sich nicht als „rechtsprechende Engel“ fühlen und der besitzlosen Klasse gern ihren Teil an der Rechtsprechung einräumen? Mit demselben Recht, wie unsere Bürgerlichen sagen können, was versteht denn ein Prolet von einem Offizierskassino, mit dem doppelten und dreifachen Recht können wir sagen, was versteht ein Bourgeois von einem Arbeiterkassino. Dabei lassen wir es noch gänzlich dahingestellt, wie mangelhaft sich ein Offizierskassino im heutigen Preußen fühlen kann und mit welchen Maledictis und Scherereien ein Arbeiterkassino zu lämpfen hat. Jedoch halten wir heute darüber, daß der Arbeiter nicht bloß Objekt, sondern auch Subjekt der Gesetzgebung und Rechtsprechung sein will, sein Privatimmunität, sondern betrachten wir den Schwurprozessanspruch ruhig einmal von bürgerlichen Standpunkt aus.

Da heißt es in einem Kapitel 7 eines gewissen Matthäus — unsere bürgerlichen Geschworenen sehen sicher auf dem Boden unserer heutigen Gesellschaftsordnung — „Nicht nicht, auf was ihr nicht trachtet, werdet.“ Und wenn man von dem ersten Vers ab weiter lesen will — man plaudert dort sehr hübsch von etlichen Hinfirnissen der Seligkeit — dann heißt man auf die Worte: „Was siehst du aber den Splitter in deines Bruders Auge, und wirfst nicht genau der Nadeln in deinem Auge?“ Und dann — einige Strafwoorte der Bibel, die etwas schwer auf die Herzen fallen können, lassen wir aus —: „Alles was, das ihr molet, das sollt auch die Leute tun sollen, das tut ihr ihnen: Das ist das Gesetz und die Propheten!“ Ja, mancher Schwurprozess von den ansehnlichen, der das geistliche Buch in seinem Hause haben wird, wird in ihrer Angelegenheit so furchtbar aufreißend und aufregend auf viele Gemüter einwirken, nach seinem Nachgehört ruhig schlafen gegangen sein mit dem Bewußtsein, ein gutes Werk vollendet zu haben. Und warum auch nicht? Nicht in der Verhandlung, aber in der Sache hand es politisches Moment im Hintergrunde. Arbeiterkassino — Sozialdemokratie. Seit Jahr und Tag ist von einer gewissen Partei, von der Presse und in letzter Linie nicht im geringsten Maße von grünen Tischen und besonders rührigen Staatsanwältinnen gegen die Partei des Unglaubens, die Sozialdemokratie, geweltet und gehetzt worden. Wurde nicht die Sozialdemokratie, wiewohl sie die Partei des Weineids gläubert? Auf unserer Seite gehörten starke Herzen dazu, das zu ertragen; auf der anderen Seite starke Charaktere, um Beeinflussungen stand zu halten. Der Schwurprozess ist ein Spruch des Milieus.

Wie will man es sonst psychologisch erklären, daß ein so furchtbar wirrender Spruch eigentlich nur auf die Angaben einer Mißbehaltigen hin gestellt wurde? Und das Objekt war doch eigentlich nur die falsche Weibier für 15 Pfennig. Gewiß mag es früher vorgekommen sein, daß im Kassino einmal Getränke verkauft worden sind. Nachdem aber Zeidler deshalb bestraft war und seitens der Kammerleitung die strengste Parole ausgegeben worden war: „Im Kassino wird nichts verkauft“, glauben wir, daß die Parole auch strengstens befolgt wurde. Schon die Erhaltung des von den Behörden bedrohten Kassinos erhebt die Befolgung der Parole. Und gerade an dem Festtage, an dem die Fremde im Kassino einströmen und der beobachtende Feind sich leicht einschleichen konnte, soll die Weibe verkauft sein? Und klangen Truntnarrs Angaben, er habe die Getränke früh in Zeidlers Wohnung gekauft, und dann in das Kassino in den Kellerrant geschafft, wirklich so unwahrscheinlich. Ist das seit Bestehen des Kassinos nicht schon hundertmal gemacht worden? Und ist das nicht von Zeugen bestätigt worden? Und dann die schwanken den Angaben des damals 18jährigen, wahrlich nicht intelligenten Mädchens. Erst: „Ja, die Weibe ist im Kassino gekauft“, dann ebd.: „Nein, die Weibe ist nicht gekauft.“ Dann wieder zum Verändern: „Ja, die Weibe ist dort gekauft.“ Wie unterstellen vollständig als wahr, daß das, was der Gen darm befohlen hat, die eine Wahrheit ist. Befehlor dann der Gen darm aber nicht bloß das, was ihm das Mädchen gesagt hatte, das dreimal mit seinen Angaben gewechselt hatte? Und was versteht ein solches Mädchen von dem Betriebe eines Arbeiterkassinos! Selbstverständlich konnte die 18jährige Zeiger, als sie damals im Kassino weilte, der

Meinung sein, daß dort, wo getrunken werde, auch bezahlt werde. Und wenn sie ihre damalige Meinung oder Ueberzeugung dem Gen darm mitteilte, so erscheint das erklärlich. Und noch erklärlicher erscheint es, was sie dann hinterher durch Truntnarr und Zeidler eines anderen befehrt wurde. Wir glauben es nicht, ja noch mehr, wir möchten es unter Berufung nicht einmal zumuten, daß sie auf Grund solcher „Be weise“ zu einer Beurteilung gekommen wären. Und auf die Angaben des besitzlosen Mädchens stützen sich auch die Beschuldigungen Zeidlers. Außerordentlich übergehend und wunderbar klar hatte der Arbeiter, Herr v. Krosigk, der die Zeiger verteidigte, die Spitze des Mädchens mit den schwanken Angaben bargelegt. Aus den Mien, so meinte der Verteidiger, sei ihm der sonderbare Kalkulations gar nicht so recht klar geworden. Nach der Vernehmung habe er sich aber davon gründlich überzeugt, warum und weshalb im Kassino Getränke nicht verkauft wurden.

Die Geschworenen sind vielleicht zu einer anderen Ueberzeugung gelangt; ihre Schulprüdie wurden von den Weineidigern übereinkommen als Heilprüdie begiegt und nicht bloß in Schwabing, sondern auch anderwärts werden die Sprüche in den weitesten Schichten der Bevölkerung als Schicksal empfunden. Und müssen die drei bisher unentschiedenen Menschen in das Justizhaus manövern, je werden den Heilprüdien fürstbar blutige Opfer zugemutet und der Kombination zu diesen Schwurengerichten wird Lir und Lor geöffnet. Das soll sein für das Recht und Gerechtigkeit; es will nicht und soll nicht von einer Klasse beurteilt und beurteilt werden. Auch im Volke wird man für den Spruch: „Nicht nicht, auf was ihr nicht trachtet werdet.“ eine Auslegung finden.

Merseburg. Zum Rathausbau u. a. Tropfen unsere Stadt im Besitze zweier Rathhäuser ist, genügt feins den heutigen modernen Ansprüchen, auch das sogenannte neue Rathaus nicht, und man hat sich entschlossen, beide Häuser der Neuzeit anzupassen. Beim alten Rathaus machte es sich notwendig, weil das Rathungsmittel-Untersuchungsausschuss die letzten Räume verlassen muß. Man hatte sich ein Teil der Stadtbauarbeiten für einen Neubau entschieden, weil die Herren fürsteten, daß ein Umbau eine hübsche Summe Geld kosten würde und trotzdem nichts Praktisches geschaffen werde. Man einigte sich schließlich dahin, ein Obergeschoss über den Umbau des Rathhauses einzufügen und die letzte Stadtbauarbeiten-Einrichtung hat sich mit dem Gutachten einverstanden erklärt und dasselbe einer Kommission überweisen. Das Obergeschoss des Rathbausbaurats Ruprecht hier, lautet dahin, daß er bautechnische Bedenken gegen den geplanten Umbau nicht habe stellen können. Nachdem er sich mit den einzelnen Bauausführungsmöglichkeiten beschäftigt hat, kommt er zu dem Resultat, daß nach dem Umbau das Rathaus wirklich zweckentsprechend benutzt werden kann. Die Anforderungen, welche an Größe, Lage und praktische Verwendung der einzelnen Räume gestellt werden, sind dann erfüllt. Spezial der Räume für das Rathungsmittel-Untersuchungsausschuss, die Sparfasse und die Stadtbauarbeiten-Einrichtung werden zweckentsprechend sein. Ueber die Rohbaukosten äußert sich der Oberbaudirektor dahin, daß diese etwas sehr sparsam aufgestellt seien und man mit den nötig werdenden Nachbesserungen rechnen könne. Seine Aufwandssumme befreit er auf 60 000 Mark. Offiziell braucht man die eingeleigte gemessene Kommission nicht erst wieder Monate, um zu einem endgültigen Vorhaben zu kommen. Die sich immerwährend steigenden Gebäude verlangen sehr bald eine Verengung im Interesse des Publikum sowie der Stadt selbst.

Neubau. Im Kampfe um die Rathhausarbeiten. Der Erfurter Verfassungsausschuss befreit sich mit dem Antrag der Gewerkschaftsvereine in Hinblick auf Erteilung der Koncession zur Errichtung einer Elektrofluorlampe in Hinblick auf Ableitung der Erdarbeiten die Arbeiter, was einen sehr großen Gewinn weniger als 127 Centner von Gemeinden und industriellen Betrieben aus dem Unfrucht und Elend vor. Besonders viel Einfluß stammten von Zuckerkandlern der Provinz Sachsen. Der Verfassungsausschuss befreit nach längerer Verhandlung, der Gewerkschaftsvereine die beantragte Koncession zu verlegen.

Stille. Ueber den Rathhausbau Bau- u. a. Stelle macht die bürgerliche Presse folgende Mitteilungen. Kauf der Erde der zukünftigen Rinnelbahn in Stobenberg, Rastra u. a. ist es jetzt lebendig geworden; fremde Arbeiter, Flauen u. a. Rollen treffend fortgesetzt ein, um die Streckenarbeiten in Angriff zu nehmen. — Die deutigen Arbeiter, die namentlich bei der hiesigen Gegen wenig Arbeitswilligkeit haben, dürfen ruhig ihre Steuern zahlen und zusehen, wie sie sich mit ihrer Familie durchs Leben schlagen. — Unternehmerpatriotismus!

Geleit. Vom elektrischen Strom getötet. Sonnabend vormittag wurde der Monteur Riefe von der Elektrischen Kleinbahngesellschaft Hantsch auf dem Rittergute Raltenborn vom elektrischen Strom erchlagen. Der Verunglückte arbeitete am Transformator und muß mit der Stromleitung in Berührung gekommen sein.

Wichtig!
Alle Witzblätter sind all
abgekauft. Keine mehr
abgekauft. Witzblätter
ist aber mit Witz fangefallt.

Das Opfer muß!

Waschechte, solide Qualitäten, in modernen Mustern, abgepasst und vom Stück. Grosse Auswahl. Allerbilligste Preise. Für Restaurateure bei Abnahme grosserer Quanten besondere Vorteile. **Garten-Tischdecken** **Werner & Benjamin**

Grosse Ulrichstrasse 22/24.

Preussische Gewissensfreiheit.

Klassenauseinandersetzungen.

Wie können sich die Patentinhaber doch mannhaft entziehen, wenn jemand an der preussischen Verfassung nörgelt! Wie verstehen sie es, den großen König zu feiern, der eben nach seiner Passion fertig werden lassen wollte. Nun, die Verfassung gewährt jedem Preußen die Gewissensfreiheit — aber für die Kinder der Dissidenten gilt diese Aufzeichnung nicht. Indem man sagt sie auch nicht mehr, weil sie nicht, in dem über Jahren, sie selbst in den 60er Jahren nach ihrer Passion fertig werden, sondern bringt sie gegen den Willen ihrer Eltern in den Religionsunterricht. Und da man diese unmoralischen Zwang nun auch schon auf die höheren Schulen ausgedehnt hat, wird er nicht selten gegen junge Menschen ausgedehnt werden, die sich bereits selbst von den bestehenden Kirchen innerlich losgesagt haben. In den 60er und 80er Jahren hat man gern einmal liberal und toleranter sogar mit dem Sozialismus, denn es galt das Volk für Preußens Barbarenschaft einzufangen und da mußte man ihm schon etwas fromm an Freiheitlichkeit und Modernität bieten, als das gute, patriarchalische Österreich. Heute aber, wo sich längst wieder Staat und Kirche zum Schutz und Trubhannis gegen die Arbeiterbewegung aufzufengeln haben, wo Kom damit umgeht, sogar die christlichen Gewerkschaften umzubringen, wird mit aller Kraft darauf losgerast.

Im preussischen Dreiklassenhaufe kam es am Montag beim Kultusrat zu einer Auseinandersetzung darüber, und zwar waren es hier besonders zwei Fragen, die im Vordergrund des Interesses standen: einmal die Frage der Stellung des Religionsunterrichts an Dissernenten in der und zweitens die Frage der Auslegung des § 11 des Gesetzes über die Dissernenten. Die erste war ein Antrag der Nationalliberalen, der bereits zur zweiten Lesung des Etats gestellt und damals ohne Debatte der Unterrichtscommission überwiesen worden war. Die Antragsteller und mit ihnen die Anhänger des Antrages hatten von einer Debatte Abstand genommen in der sicheren Erwartung, daß sie zur dritten Lesung des Etats die Kommission einen Beschluß gefaßt haben würde. Aber sie hatten ihre Rechnung ohne den Vorstehenden der Unterrichtscommission, den konservativen Abgeordneten Sedowitz gemacht, der es bisher nicht für notwendig gehalten hat, den Antrag auf die Tagesordnung einer Sitzung zu setzen. Sein Verhalten wurde von den Beamten der Kommission als höchst unehrenhaft unterzogen und namentlich war es Genosse Hoffmann, der in einflussreicher Rede die Notwendigkeit der Freisetzung der Dissernenten vom Religionsunterricht begründete und nachwies, wie auch auf diesem Gebiet die Reaktion im Laufe der Jahre immer weitere Fortschritte gemacht hat.

Die Auslegung des Jesuitengesetzes wurde von national-liberaler Seite zur Sprache gebracht. Die Redner der Linken und sogar ein konservativer sprachen sich entschieden für die Beibehaltung der bisherigen Praxis aus, während das Zentrum sich auf den Gesichtspunkt des ungleichen Ministerpräsidenten, Herrn v. Herting stützte. Die Debatte ging ohne Antwort unter dem Vorwand aus dem Wege, daß die Sache unzulässig beim Bundesrat anhängig sei.

Am Schluß der Sitzung gab es eine kurze Geschäftsordnungsdebatte. Der Präsident schlug vor, den von unserm Genossen Hoffmann gegen den ihm am Sonnabend erteilten Ordnungsruß eingeleiteten Einspruch auf die Tagesordnung zu setzen, obwohl der Einspruch hätte am darauf folgenden Tage eingebracht werden müssen, aber erst am zweitfolgenden Tage eingegangen ist. Da der nächste Tag aber ein Sonntag gewesen sei, so ersuchte der Präsident aus Kavalitätsgründen den Sonntag nicht in die Berachtung einzuziehen. Die Mehrheit des Hauses, darunter auch die Nationalliberalen, stellten sich aber auf den entgegengesetzten Standpunkt und entschieden dafür, daß die Frist für den Einspruch „berührt“ sei. Infolge dessen „durfte“ über den Einspruch nicht abgemittelt werden. — Am Dienstag soll die dritte Lesung des Etats beendet werden.

Der Zwangreligionsunterricht.

Aus der Rede des Genossen Hoffmann sei folgendes wiederzugeben:

Herr Hoffmann (Soz.):

Wann soll endlich die Frage des Religionsunterrichts der Dissernenten geregelt werden? Das Verprechen, sie bis zur 3. Lesung zu beraten, ist in furchtbarer Weise verletzt worden. Und gerade hier handelt es sich um eine Lebensgeschichte. Nicht nur in den Volksschulen, sondern auch in den höheren Schulen wird in der bekannten Weise vorgegangen. Autoritäten haben die Behauptung verbreitet, daß die Religion der Grund der Sittlichkeit sei. In der Tat ist das die Realität nicht, und unter dem Vorwand des Zwangreligionsunterrichts gegen den Willen dieser Eltern 1847 wurden die Kinder der Deutschkatoliken, die zum Teil die Weltweit Christi leugneten, vor Zwangreligionsunterricht durch einen Erlaß geschützt. 50 Jahre später sehen wir das Gegenteil, d. h. an dem Vorzeichen gegen Dr. Bruno Wille von der Berliner freireligiösen Gemeinde, der zuerst Lehrprüfungen bestanden und einer Zeit während der 80 000 Mk. bekommen hat. Und unsere Lehrerin Frau Mann wurde sogar administrativ ins Gefängnis gesetzt und wegen „Ungehorsams“ wurde ihr dann die Lehrereignis maniere der fiktiven Behauptung verweigert!

Die Reichsregierung des Kaisers hat sich um eine alte Lebensgeschichte nicht nur in den Volksschulen, sondern auch in den höheren Schulen wird in der bekannten Weise vorgegangen. Autoritäten haben die Behauptung verbreitet, daß die Religion der Grund der Sittlichkeit sei. In der Tat ist das die Realität nicht, und unter dem Vorwand des Zwangreligionsunterrichts gegen den Willen dieser Eltern 1847 wurden die Kinder der Deutschkatoliken, die zum Teil die Weltweit Christi leugneten, vor Zwangreligionsunterricht durch einen Erlaß geschützt. 50 Jahre später sehen wir das Gegenteil, d. h. an dem Vorzeichen gegen Dr. Bruno Wille von der Berliner freireligiösen Gemeinde, der zuerst Lehrprüfungen bestanden und einer Zeit während der 80 000 Mk. bekommen hat. Und unsere Lehrerin Frau Mann wurde sogar administrativ ins Gefängnis gesetzt und wegen „Ungehorsams“ wurde ihr dann die Lehrereignis maniere der fiktiven Behauptung verweigert!

Da mir der Richter sagte, es sei meine Sache, welche Religion ich meine Kinder lernen lassen wollte, sagte ich ihm in den 18 Jahren Religionsunterricht. (Heute!) Nicht aus Liebe zum Aberglauben, denn der antikehrliche Schulinspektor wird schon dafür sorgen, daß meine Kinder keine Juden werden (Woh!, Heiterkeit!) Sie müßten auch während der Religionsunterrichte im Betsaal sitzen!

Der preussische Kultusminister v. Bethmann Hollweg der Ältere (Heiterkeit) erließ 1899 eine Bekanntmachung, wonach die Rechte der Dissernenten zur Freisetzung ihrer Kinder vom Religionsunterricht anerkannt werden und die Freiheit des von ihnen geplanten Moralunterrichts ausgedehnt wird. Da wird es als allzuheilig bezeichnet, keinen religiösen Zwang auszuüben. Wohin sind wir seitdem gekommen! Zum 1. September 1902 in Unterried und zu dem von Bethmann Hollweg dem Älteren verordneten Jura a. g. Dadurch kann auch ein verbehrlicher Zwiespalt zwischen Schule und Haus entstehen. Das Einvernehmen zwischen beiden kann nur durch Gewissensfreiheit erreicht werden.

Die Verfassung ist gewiß die Gewissensfreiheit, man braucht die Verfassung wirklich nicht noch reaktionärer auszulagern! 1872 und 1875 verordnete der Kultusminister aus, daß die

Dissernenten Kinder nicht zum Religionsunterricht gezwungen werden dürfen. Seit 1892 aber kamen immer reaktionäre

Hausfrauen und Wahrecht.

Der Lebenskreis der Frau sei einzustellen auf die vier A, auf Kinder, Kleider, Küche und Kirche. Politik interessiere sie nicht, so lautet ein Wort, das von der deutschen Kaiserin stammen soll. Eigentlich haben wir nichts dagegen, einzuwenden, wenn die Kaiserin für sich und ihre weiblichen Angehörigen in der Kolonialerinnern jedoch lehnen es entschieden ab, solche — nun sagen wir eigenartigen, einer längst vergangenen Wirtschaftsepoche angehörenden Anschauungen als für sich maßgebend zu betrachten. Die Schule des Lebens hat sie längst gelehrt, daß ihr Interesse durch vielerlei Fäden verknüpft ist mit der Politik, mit ihren Maßnahmen und Einrichtungen. Die Zeit, in der der Einzelhaushalt eine kleine Welt für sich darstellte, in der die Frau walte und sich auslebte, ist längst vorbei.

Die unaufrichtliche vorwärtsreitende wirtschaftliche und soziale Entwicklung hat den Einzelhaushalt eine mächtige Aufgabe, nach der anderen entgegen und sie zu einer gesellschaftlichen gemacht; sie hat der Frau damit ihre produktiven Kräfte für die Familie und in derselben genommen und sie gleichzeitig hinausgetrieben in die Erwerbsarbeit.

Für die zehn Millionen erwerbstätiger Frauen waagen denn auch die vergrößerten Spiegele nachgerade nicht mehr ohne weiteres das Interesse an der Politik zu leugnen, mangelnd sie noch keineswegs den Rechtsanspruch der politischen Gleichberechtigung des Weibes anzuerkennen wollen; aber den Hausfrauen muß nach Meinung dieser Altertüdlerinnen die Beschäftigung mit Politik ein Greuel und Schrecken sein. Wie unrichtig das ist, können wir allein schon mit dem Hinweis auf die Zoll- und Steuerpolitik und ihren überaus schädlichen Einfluß auf den Haushalt nachweisen.

Heute möchten wir diesen Nachweis jedoch in anderer Weise erbringen. Man vergegenwärtige sich das Folgende: Des Morgens verlassen der Mann und die erwachsenen Kinder das Haus, um der Erwerbsarbeit nachzugehen. Der Mann geht vielleicht als Maurer auf den Bau, der Sohn in eine Tischlerei und die Tochter in eine Kantinalland. Alle drei werden an ihrer Arbeitsstätte von vielerlei Gefahren, die der Arbeit drohen, umlauert. Ein Sturz vom Gerüst kann dem Manne das Leben kosten; von der Werkzeugmaschine erfährt, verliert der Sohn die Hand; ein ungeschickter Handgriff an der Wägelmaschine hat das Verbrühen der Hand zur Folge, das nicht nur äußerst schmerzhaft für die Verletzte ist, sondern auch leider zur Verkrüppelung der Hand führt.

Die Frau, die als Hausfrau dahem ihres Amtes walte, wird deshalb, neben den Sorgen, die ihr auferlegt sind durch die Verantwortung für die Instandhaltung des Hauswesens, die Angst und die Sorge um Leben und Gesundheit der Kinder tragen müssen. Sind es doch Hunderttausende an Opfern, die alljährlich auf dem Schlachtfeld der Arbeit fallen. Im Jahre 1909 verunglückten 664 884 Personen bei der Arbeit, von diesen blühten 9363 ihren Unfall mit dem Leben. 6372 Witwen hatten in der Folge ein Kind ihres Alters zu beklagen und 18 288 Kinder ein neugeb. und 18286 weibliche Arbeiter.

Einzigliches finden uns diese Zahlen! Sie erzählen uns von furchtbaren Qualen und Schmerzen, von zahlreichen vernichteten Existenzen, von unendlich viel zerstörtem Familienglück. Wessere Instandhaltungsvorkehrungen, eine bessere und gründlichere Instandhaltung der Betriebe, verträge Arbeitsschutz für Mann und Frau, Verbot der Kinderarbeit, kurzum, Ausbau des Arbeiter- und Arbeiterinnenhauses könnten vieles ändern, bessern, verhüten.

Daß dieser Ausbau erfolgt, möglichst bald, möglichst gründlich, das liegt nicht nur im Interesse der Arbeitenden selbst, sondern gleichgültig im Interesse ihrer Angehörigen, d. h. die Frau hat nicht nur als Arbeiterin, sondern auch als Hausfrau, Gattin und Mutter das lebhafteste Interesse daran, daß der sozialpolitische Staat in etwas lebhafterer Bewegung kommt, das mehr gesetzliche Bestimmungen zum Schutze für Leben und Gesundheit der Arbeitenden geschaffen werden und besser für ihre Werbung und Durchsicherung gelangt wird.

Ein größerer Einfluß auf die Gesetzgebung, der durch den Witz und die Ausübung des Frauenwahlrechts erzielt würde, ist also für alle Frauen von größter Wichtigkeit.

Die Erkenntnis dieser Tatsache muß die Frauen und Mütter der Arbeiterklasse in heißen Scharen in die Frauenvereinsammlungen treiben, die am

12. Mai, dem Frauentag,

in allen Orten Deutschlands stattfinden und der Forderung des Frauenwahlrechts dienen. Die Frauen, die längst politisch mündig geworden sind, haben nachdrücklich ihre Mündigkeitserklärung zu fordern.

ere Erlasse und Urteile. Als ich für meinen Sohn 20 Mk. Neufaulgeld pro Vierteljahr zahlen konnte, brauchte er keine Religion mehr. Jetzt scheint man ja auch darin noch weiter zu gehen, die Kinder zu lassen! Man nimmt Dissernenten Kinder, die von ihren Eltern nicht in den Religionsunterricht geschickt werden, gar nicht mehr in höhere Schulen auf!

Wo bleibt die Verfassung?

Ein neues Kammergerichtsurteil schreibt vor, daß die Kinder eines Verstorbenen, der Dissident war, in dem Verzeichnis, das der Verstorbenen zulegt hat, ertragen werden solle, wenn sie nicht extra abgemeldet wurden! Inwiefern soll dies denn die zurechtfinden? Die bürgerliche Presse kritisiert ein solches Urteil in schärfer Weise. Dagegen stehen das Kammergerichtsurteil uneheliche Kinder mit dem Austritt der Mutter sofort aus der Kirche aus. Man hält sich also gar nicht an den Verfassungssatz, der besagt, daß die Kinder unter 14 Jahren dem Vater folgen.

Von theologischen Autoritäten wird betont, daß es gar nicht möglich sei, eine allgemein anerkannte Definition der Religion zu geben! In die Schule gehören nur die Dinge hinein, die für den Kampf ums Dasein nötig sind.

Keinesfalls aber solche, die durch ihre Macht die Kinder Nichtreligiöser zum Religionsunterricht zwingen. Die sogenannten „Verleher“ werden Sie doch nicht aus der Welt schaffen. Nach der Vernehmung des nationalliberalen Antrags an die Kommission nehmen wir an, daß endlich etwas in dieser Frage geschehen wird. Aber man will die Sache offenbar auf den Herbst und dann bis zum Schluß der Ferien verschieben. Selbst die Lehrer hat sich entschieden gegen den jüdischen Religionsunterricht ausgesprochen. Schon im Interesse der Kinder gläubiger Eltern sollten Sie dafür eintreten, daß sie nicht mit Kindern religionsloser Eltern zusammen unterrichtet werden. Weht denn die bürgerliche Gesellschaft aus, wenn in der Schule kein dogmatischer Unterricht erteilt wird? Die religionslose Schule ist doch keine Keule mehr in der Welt, sie existiert doch z. B. in Frankreich. Sie können doch nicht glauben, daß es in Preußen bauernd bei diesem Religionsantrage bleiben wird! Das stärkste Hindernis, das man gegen die jüdischen „Verleher“ hat, ist die Dissernentenfrage. Die Dissernentenfrage ist erteilt. Ein solcher Fall ist in Neu-Cölln vorgekommen. Ein Theologe in der Christlichen Welt hat den Religionsantrag gegenüber Dissernenten als stillschweigend und stillschweigend abgelehnt als Einbeziehung. (Hört, hört!) In Baden und Württemberg haben wir einen beständig genehmigten religionslosen Unterricht. In Rom, dem Sitz des Papstes, wird an keiner öffentlichen Schule Religionsunterricht erteilt, ebenso in dem Reichstag regierten Belgien und in vielen anderen Ländern. Da sollte endlich auch Preußen in der Kultur ein wenig nachhumpeln. Wir wünschen an Stelle des Religionsunterrichts einen Moralunterricht, wie er von berufenen Pädagogen empfohlen wird. Wenn Sie solchen Anregungen nicht folgen, tragen Sie die Verantwortung, wenn

Die Gemüter der Kinder verärgert werden.

Sorgen Sie dafür, daß den Kindern in der Schule nicht das gegen die Anschauungen der Eltern gelehrt wird. Es ist nicht die Eltern, die aus der Kirche ausgestiegen sind, sind nicht die Denkfähigkeiten, sie werden Mittel und Wege finden, ihre Kinder aufzufahren. Dabei stehen in den kirchlichen Kreisen naturgemäß in allen Kulturfragen sieben. (Brauo! b. d. Soz.) Die Debatte wird vertagt.

Der „zur Ordnung“ gerufene Krieg.

Präsident Dr. Frhr. v. Erffa: Der Abg. Hoffmann hat gegen den ihm am Sonnabend erteilten Ordnungsruß auf die Tagesordnung zu setzen, wobei er ein Verbrechen gegen die Ehre und die Menschlichkeit begangen hat. Ich erhebe mich gegen die Geschäftsordnung hat das patetische am folgenden Tage zu geschehen. Nachdem aber der folgende Tag ein Sonntag war, schlage ich vor, den Einspruch als erledigt zu betrachten. Der Herr Redner hat sich gegen die Bestimmung über ihn auf die morgige Tagesordnung zu stellen.

Abg. Dr. v. Heydebrand (Soz.): Wir befragen, daß der Präsident diesen Einspruch aus persönlichen Gründen als erledigt gelten lassen möchte. Wir sehen aber nicht ein, worum wir von der Geschäftsordnung abweisen sollten und sind daher gegen den Vorschlag des Präsidenten.

Abg. Dr. Borisch (Zentr.): Ich teile sich dem Vorschlag des Präsidenten an.

Abg. Hirsig (Soz.) beschließen. Im übrigen kann zu die Frage, ob der Sonntag zählt oder nicht, von der Geschäftsordnungscommission bei ihrer jetzigen Arbeit gleich mit erledigt werden.

Abg. Dr. Friedberg (natl.): Auch wir begreifen es, daß der Präsident persönlich den Einspruch zulassen will, halten es aber nicht für richtig, ihn über die Geschäftsordnungscommission hinweg zu setzen. Ich bitte, es bei dem jetzigen Uff zu belassen.

Abg. Hoffmann (Soz.): Von einem Uff kann hier gar nicht die Rede sein, da diese Bestimmung über die Frist des Einspruchs in die Geschäftsordnung hineingekommen ist, ohne daß es jemand bemerkt hat. (Heiterkeit und Zustimmung b. d. Soz.) Ich habe selbstverständlich den Sonntag als einen Tag angesehen, der bei Gericht nicht gerechnet wird, und also auch hier nicht gerechnet werden kann. Der Brief wäre nachrichtlich am Sonntag auch gar nicht in die Hände des Präsidenten gekommen. Uebrigens haben ja gerade Sie (nach rechts) auf dem Standpunkt, daß man den Sonntag heiligen soll. Sollte irgend ein Beamter den Sonntag mit einem solchen Briefe verwechseln? (Gr. Heiterkeit.)

Abg. Ohlting (Sp.): Ich meine, daß der Sonntag nicht mitrechnet und daß wir dem Präsidenten folgen sollen.

Bei der Abstimmung erheben sich für die Zulassung des Einspruchs die Sozialdemokraten, Fortschrittler, Polen und das Zentrum, während die Rechte und die Nationalliberalen ablehnen bleiben.

Präsident Dr. Frhr. v. Erffa: Da die Minderheit steht, kann ich über den Einspruch nicht abstimmen lassen. Dienstag 11 Uhr Weiterberatung und kleinere Vorlagen. Schluß 4 1/2 Uhr.

Gewerkschaftliches.

Dröbner Arbeiterkreis im Dampferwerbe-Lombard.

Alle im Dampferwerbe-Lombard beschäftigten Arbeiter, gelernte und ungelernete, nahezu 200 000, befinden sich in einer Lohnbewegung. Geleitet werden sie von dem Vorsitzenden der Gewerkschaft, die Arbeiter haben keine nennenswerten Lohnschätzungen hinterlassen. Es finden Verhandlungen zwischen Unternehmer- und Arbeiterorganisationen statt, doch ist der Verlauf der Verhandlungen so unbeständig, daß es wahrscheinlich in nächster Zeit zu einem Streik kommen wird.

Aus der Provinz.

Vorans aus den Kriegervereinen!

Ein Mann, den der Reichstag gegen die Sozialdemokratie nicht entgehen lassen wird und der es noch weit bringen kann, ist der Reichsdeputiertenverein des Bundes von Quebinburg, der Reichsdeputiertenverein vom Deutschen Bürgerfreiwort. In seinem Jahresbericht über 1911 heißt es aus Betrachtungen über die Reichstagswahl an, durch die bekanntlich wieder Genosse Albrecht aus dem Reichsdeputiertenverein in den Reichstag gelangt wurde. Den ganzen Jörn und Schmezz der Kriegerverein hat unter dem Herrn Kameid in folgenden Zeilen seines Jahresberichts:

„Überaus ungeschmeißel aber war es, daß selbst Mitglieder von Kriegervereinen, die ihrem Könige doppelt Treue gelobt haben, für die Sozialdemokratie eintreten, die die schärfste Kameradschaft des Königtums und des Vaterlandes ist. Diese Kameraden sind nicht wert, diesen Ehrennamen zu führen und sie gehören nicht in die Kriegervereine hinein. Der Eintritt bedeutet eine schamlose Hinfälligkeit und nicht wollen wir mit ihnen gemein haben. Wer seinem obersten Kriegsherrn den Treueid geleistet hat und hinterher seine Kräfte widerständig unterläßt, ist ein meiseidiger und ehrloser Mensch. Sein Ausschluss bedeutet keinen Verlust, sondern einen Gewinn für unsere große nationale Sache.“

Man kann natürlich die hier mit so starken Worten geschilderte reinliche Scheidung nur begreifen; denn lieber gibt es in den Kriegervereinen immer noch viel zu viele Arbeitermitglieder. Dort, wo sie sich nicht ganz und gar als „wohlgeliebte, gute, brave und gewerkschaftliche Kameraden“ fühlen, werden die oben zitierten Zeilen sie wohl vielleicht zum Nachdenken anregen.

Ein neues Bergmannstrafenhaus.

Der Gutsche Knappschaftsverein, der den gesamten mitteldeutschen Braunkohlen- und Kalisbergbau umfaßt, beschloß, in Gohauswälden ein neues Bergmannstrafenhaus mit einem Kostenaufwande von 1/2 Million Mark zu bauen. Die Stadt Gohauswälden gibt den Bauplatz unentgeltlich her.

Wäldchen. Ein auffallend wildes Urteil fällt kürzlich das hiesige Schöffengericht gegen drei reiche Landwirte aus Niederdeutsch. Diese, Landpächter einer Flur von über 4000 Morgen Feld, haben sich nicht entblödet, einen Händler zu betrogen. Nachdem sich nicht entblödet, einen Ausbeuter ihrer Arbeiter halten sie die gesamte Flur veräußert, wobei jedesmal Ausbeutungen worden war, bis 10 Prozent, immer nur die kleinsten Hufen, den Wäldern verblieben. So geschah es auch am 7. Dezember d. J. 481 Stück waren geschlachtet und 48 Stück aufgezogen und in der Scheune des eigentlichen Wälders Friedrich Wälders verpackt worden. Da merkte H., als er von einem Gang zurückkehrte, daß ihm eine Anzahl großer Hufen fehlten und kleine dafür eingehängt worden waren, trotzdem er einen Arbeiter G. als Waage bei den Wagen zurückgelassen hatte. Als er darüber Nachforschungen forschte und die Scheune zu öffnen beabsichtigte, war der Schloßler im ganzen Ganzen nicht zu finden und H. wurde aufgefordert, die Nacht im Orte zu bleiben, morgen würde die Scheune geöffnet. Er ließ sich aber nicht an der Nase herumführen und stellte Strafanzug. Nun, die Strafe ist auch danach ausgefallen. G. wurde für 30 Mark, Paul Heinrich, Karl Gerhardt und Willi Lind zu je 10 Mark verurteilt. Dies besser als treuhänderische Verhältnisse. Der Rat ist vom Schöffengericht als verachteter Betrug angesehen worden, während der behauptete Betrug, richtiger wohl Diebstahl, klar vor Augen liegt. Auf die Verurteilung der Angeklagten hin hatte der Amtsanwalt auch Berufung, aber nur wegen Höhe des Strafmaßes, eingeleitet, sie wurden aber beide von der Kammergericht Strafkammer verworfen.

Zeitschmerz. Zum Unglück auf dem Salzwert zu Rügenhain, bei dem durch eine bis jetzt unaufgeklärte Explosion zehn Personen mehr oder weniger schwer verletzt worden sind, bringt auch die bürgerliche Presse diese Darstellung, wie sie und gering. Es sollte das elektrische Bohren gezeigt werden, als plötzlich das Licht erlosch. Dagegen auf dem Auf einen Beamten sich sämtliche Kesselenden sofort hinwarfen, worauf schon das Unglück geschehen. Bei der Untersuchung eines Luftschiffchamers stammte eine in der Nähe stehende Sprengstoffkiste, wodurch mehrere Teilnehmer mehr oder weniger schwere Verwundungen erlitten. Die die Feuer fangen konnte, ließ sich noch nicht ermitteln. Das wurde einem unglücklichen Jansen, vielleicht durch eine in der Nähe befindliche Leinwand, war es möglich, daß ein von einer Magnetkammer abfallendes Stücken über ein stehendes Teilchen von einer der benutzten Lampen in die Kiste gelangen konnte. Eine Explosion hat nicht stattgefunden, vielmehr sind die Verletzungen durch das Berstern des in der Kiste enthaltenen Sprengstoffes erfolgt.

Neuer die Ursache der Katastrophe gibt die Generaldirektion des Reichs Knappschafts folgende Darstellung: „Der Bezirksverein Halle-Dand beschäftigt in drei Abteilungen das Bergwerk. Die dritte Abteilung, aus 18 Personen bestehend, wurde von drei Betriebsleitern geführt, einem Betriebsleiter, einem Ruffeher und einem Führer. An dem engen Eingangsgehoßen zu einem Abbau wurde von den Beamten ein Luftschiffchammer vorgeführt. Einige Schritte davon entfernt stand eine etwa meterhohe, 1,10 breite Holzkiste, in der sich

80 Kilogramm Sprengstoff verborgen. Nach dem Bericht des Betriebsleiters war die Kiste vorchriftsmäßig verpackt, so daß der Verwaltungsverwalter ein Verbot gegen die betriebsunfähigen Vorrichtungen nicht zur Last fällt. Auf irgend eine, höchstwahrscheinlich nicht mehr festzustellende Weise ist nun der Sprengstoff in Brand geraten. Es ist nicht ausgeschlossen, daß ein unglücklicher Arbeiter durch ein Feuerlöcher durch ein Loch (1) ins Stolleninnere gedrungen ist. Möglich ist es aber auch, daß die Sprengstoffkiste durch einen Hakenrummel oder durch ein hängenbleiben der Kiste in Brand geraten ist. Eine eigentliche Explosion hat nicht stattgefunden. Dagegen entwickelten sich in dem verhältnismäßig engen Raume, der noch dazu durch herabgefallenes Abbauergut nach dem Abbau zu abgedeckt war, die erheblichen Menge Sprengstoff, heftige Lichtflammen, auf welche die Verletzungen zurückzuführen sind. Dehner S. 2. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. 101. 102. 103. 104. 105. 106. 107. 108. 109. 110. 111. 112. 113. 114. 115. 116. 117. 118. 119. 120. 121. 122. 123. 124. 125. 126. 127. 128. 129. 130. 131. 132. 133. 134. 135. 136. 137. 138. 139. 140. 141. 142. 143. 144. 145. 146. 147. 148. 149. 150. 151. 152. 153. 154. 155. 156. 157. 158. 159. 160. 161. 162. 163. 164. 165. 166. 167. 168. 169. 170. 171. 172. 173. 174. 175. 176. 177. 178. 179. 180. 181. 182. 183. 184. 185. 186. 187. 188. 189. 190. 191. 192. 193. 194. 195. 196. 197. 198. 199. 200. 201. 202. 203. 204. 205. 206. 207. 208. 209. 210. 211. 212. 213. 214. 215. 216. 217. 218. 219. 220. 221. 222. 223. 224. 225. 226. 227. 228. 229. 230. 231. 232. 233. 234. 235. 236. 237. 238. 239. 240. 241. 242. 243. 244. 245. 246. 247. 248. 249. 250. 251. 252. 253. 254. 255. 256. 257. 258. 259. 260. 261. 262. 263. 264. 265. 266. 267. 268. 269. 270. 271. 272. 273. 274. 275. 276. 277. 278. 279. 280. 281. 282. 283. 284. 285. 286. 287. 288. 289. 290. 291. 292. 293. 294. 295. 296. 297. 298. 299. 300. 301. 302. 303. 304. 305. 306. 307. 308. 309. 310. 311. 312. 313. 314. 315. 316. 317. 318. 319. 320. 321. 322. 323. 324. 325. 326. 327. 328. 329. 330. 331. 332. 333. 334. 335. 336. 337. 338. 339. 340. 341. 342. 343. 344. 345. 346. 347. 348. 349. 350. 351. 352. 353. 354. 355. 356. 357. 358. 359. 360. 361. 362. 363. 364. 365. 366. 367. 368. 369. 370. 371. 372. 373. 374. 375. 376. 377. 378. 379. 380. 381. 382. 383. 384. 385. 386. 387. 388. 389. 390. 391. 392. 393. 394. 395. 396. 397. 398. 399. 400. 401. 402. 403. 404. 405. 406. 407. 408. 409. 410. 411. 412. 413. 414. 415. 416. 417. 418. 419. 420. 421. 422. 423. 424. 425. 426. 427. 428. 429. 430. 431. 432. 433. 434. 435. 436. 437. 438. 439. 440. 441. 442. 443. 444. 445. 446. 447. 448. 449. 450. 451. 452. 453. 454. 455. 456. 457. 458. 459. 460. 461. 462. 463. 464. 465. 466. 467. 468. 469. 470. 471. 472. 473. 474. 475. 476. 477. 478. 479. 480. 481. 482. 483. 484. 485. 486. 487. 488. 489. 490. 491. 492. 493. 494. 495. 496. 497. 498. 499. 500. 501. 502. 503. 504. 505. 506. 507. 508. 509. 510. 511. 512. 513. 514. 515. 516. 517. 518. 519. 520. 521. 522. 523. 524. 525. 526. 527. 528. 529. 530. 531. 532. 533. 534. 535. 536. 537. 538. 539. 540. 541. 542. 543. 544. 545. 546. 547. 548. 549. 550. 551. 552. 553. 554. 555. 556. 557. 558. 559. 560. 561. 562. 563. 564. 565. 566. 567. 568. 569. 570. 571. 572. 573. 574. 575. 576. 577. 578. 579. 580. 581. 582. 583. 584. 585. 586. 587. 588. 589. 590. 591. 592. 593. 594. 595. 596. 597. 598. 599. 600. 601. 602. 603. 604. 605. 606. 607. 608. 609. 610. 611. 612. 613. 614. 615. 616. 617. 618. 619. 620. 621. 622. 623. 624. 625. 626. 627. 628. 629. 630. 631. 632. 633. 634. 635. 636. 637. 638. 639. 640. 641. 642. 643. 644. 645. 646. 647. 648. 649. 650. 651. 652. 653. 654. 655. 656. 657. 658. 659. 660. 661. 662. 663. 664. 665. 666. 667. 668. 669. 670. 671. 672. 673. 674. 675. 676. 677. 678. 679. 680. 681. 682. 683. 684. 685. 686. 687. 688. 689. 690. 691. 692. 693. 694. 695. 696. 697. 698. 699. 700. 701. 702. 703. 704. 705. 706. 707. 708. 709. 710. 711. 712. 713. 714. 715. 716. 717. 718. 719. 720. 721. 722. 723. 724. 725. 726. 727. 728. 729. 730. 731. 732. 733. 734. 735. 736. 737. 738. 739. 740. 741. 742. 743. 744. 745. 746. 747. 748. 749. 750. 751. 752. 753. 754. 755. 756. 757. 758. 759. 760. 761. 762. 763. 764. 765. 766. 767. 768. 769. 770. 771. 772. 773. 774. 775. 776. 777. 778. 779. 780. 781. 782. 783. 784. 785. 786. 787. 788. 789. 790. 791. 792. 793. 794. 795. 796. 797. 798. 799. 800. 801. 802. 803. 804. 805. 806. 807. 808. 809. 810. 811. 812. 813. 814. 815. 816. 817. 818. 819. 820. 821. 822. 823. 824. 825. 826. 827. 828. 829. 830. 831. 832. 833. 834. 835. 836. 837. 838. 839. 840. 841. 842. 843. 844. 845. 846. 847. 848. 849. 850. 851. 852. 853. 854. 855. 856. 857. 858. 859. 860. 861. 862. 863. 864. 865. 866. 867. 868. 869. 870. 871. 872. 873. 874. 875. 876. 877. 878. 879. 880. 881. 882. 883. 884. 885. 886. 887. 888. 889. 890. 891. 892. 893. 894. 895. 896. 897. 898. 899. 900. 901. 902. 903. 904. 905. 906. 907. 908. 909. 910. 911. 912. 913. 914. 915. 916. 917. 918. 919. 920. 921. 922. 923. 924. 925. 926. 927. 928. 929. 930. 931. 932. 933. 934. 935. 936. 937. 938. 939. 940. 941. 942. 943. 944. 945. 946. 947. 948. 949. 950. 951. 952. 953. 954. 955. 956. 957. 958. 959. 960. 961. 962. 963. 964. 965. 966. 967. 968. 969. 970. 971. 972. 973. 974. 975. 976. 977. 978. 979. 980. 981. 982. 983. 984. 985. 986. 987. 988. 989. 990. 991. 992. 993. 994. 995. 996. 997. 998. 999. 1000.

Selbst dem Rat wird sich der Bedanke ausdrücken, daß hier doch nicht so ganz nach dem bezugspflichtigen Vorschriften gehandelt worden sein mag. Jedenfalls ist es ein unzureichender Vorkehrungen, in der Nähe einer mit Sprengstoff gefüllten Kiste, in deren Deckel die Kiste und die Kiste verpackt worden ist, einen Kasten und Kasten zu hinterlassen oder Kasten zu rauchen. Eine so beschaffene Sprengstoffkiste kann doch unmöglich den bezugspflichtigen Vorschriften entsprechen. Was nun ist denn, wenn solche Behälter verpackt gehalten werden, wenn durch ihre mangelhafte Verfassung die Gefahr besteht, daß ein solcher Behälter durch einen Unfall in Brand geraten kann? Ein solches Vergehen ist strafbar. Deshalb klingt es äußerst bedauerlich, wenn in der Meldung der Gohauswälder Zeitung wiederholt gesagt wird, daß weder die Vernehmung noch die einzelnen anwesenden Beamten keine Schuld trage. Da dem beizufügen ist, daß die Kiste nicht nur Arbeiter, sondern Angehörige der bürgerlichen Klasse und Beamte zum Opfer gefallen sind, steht zu erwarten, daß die amtliche Untersuchung eine gründliche sein wird und die wahren Ursachen bald aufgedeckt werden.

Wittenberg. Die Verletzungen ereignen. Der Maurer Wilhelm Müller aus Wittenberg, der bei Aufbaumarbeiten der Postkammeranstaltung zu nahe kam und sich dabei einen schweren Verwundungen an der Brust erlitten, wurde in die Wittenberger Krankenhaus eingeliefert.

Wittenberg. Bessere Kammer. Vor einigen Tagen wurden nach in der Deffauerstraße neue Straßenlaternen demontiert, welche in der Schloßstraße bei Kurländermeister eine Schaufensterdekoration zerrüttet. Die Täter sind jetzt festgesetzt worden: es sind drei junge Leute aus Meimritzenberg, die bei dem Ansehen, in oben geschilderten Verbrechen und ihrer „besseren Bildung“ Ausdruck geben zu müssen. Wäre es nicht angebracht, wenn die gefährlichen Jugendpflücker sich vor allem die Bourgeoischulung vornähmen und lieber die Arbeiterfinden unbedenklich?

Der Frauenleben. In der Wittenberg, 8. Mai, abends 7 Uhr, bei dem Fest der Arbeiter, die die Forderung ist eine reichhaltige, so daß ein zahlreicher Besuch erwünscht ist.

Wohna. Selbst der Warm träumt sich, wenn er getreten wird. Dieser Satz trifft auf die 328 Gohauswälder in der hiesigen Schmotzfabrik gegen so niedrigen Lohn beschäftigt werden, daß sie nicht nur ihren und sich dabei schwerer Schaden tun, sondern auch einen großen Teil der Arbeiter in die Handlung aufleiten. Die von Werbetagungen als billiges Arbeitsmaterial ins Land gelockten Arbeiter sind in einer Kaserne untergebracht, wo sie von einem Kammermann beaufsichtigt und überwacht werden. Seit Wochen herrscht gegen diesen wegen geringer Lohn und schlechter Behandlung große Erbitterung. Am Montag drangen die Gohauswälder in die Wohnung des Kammermanns hin, um ihn zu verhaften, was gelang es ihm, durch Fenster zu entweichen. Dienstag früh legte ein großer Teil der Arbeiter die Arbeit nieder. Die auf den Kopf der Unternehmern schnell bereitenden Gewerksamer und „Polizisten“ verurteilt, aber am Mittwoch früh die Emotionen an sich zu ziehen. Am Freitag Vormittag verurteilten den Vertrauensmann der Gohauswälder und drängten ihn nach dem Gefängnis. Als die Arbeiter ihren Kameraden zu befreien suchten und verzettelt zu Steinen und anderen Wurfgeschossen griffen, machten die Beamten von ihrer Waffe Gebrauch und töteten die anwesenden Leute nach ihrer Kaserne. Die herabgelassenen Forderungen der Gohauswälder, geht aus einer Mitteilung hervor, die besagt, daß der Streit zu ihren Gunsten beendet werden sei. Der Hausmeister ist entlassen und den Arbeitern eine Lohnhöhung bewilligt worden, jedoch die Arbeit wieder aufgenommen worden ist. Eine 25 Mark feierten trotzdem den Jahrestag der Arbeiter, indem sie abzogen. Die Arbeiter die armen Ausländer bezahlt und behandelt worden sein, daß sie zum Mittel der Arbeitervereinerung greifen mußten.

Wohna. Ein Feuer entstand hier in der Wappenfabrik von Hermann Friedrich. Das Feuer begann in der Hölzlerkammer; es verbrannten circa 300 Zentner Stroh und für einige tausend Mark Wapp.

Wittenberg. Stadtvorbereitungssitzung. In der letzten Sitzung wurden Senator Ruffeher und Stadt Dietrich in die Gesundheitskommission gewählt. Der Vizepräsident der Staatsanwaltschaft, erwiderte die hiesigen Behörden um Ermächtigung der Abgabe dieser Wage. Da die Frequenz der Wage infolge der Aufstellung von zwei weiteren Wagen sehr zurückgegangen ist, erwiderte Herr Ruffeher, die Abgabe von 10 Prozent auf 4 Prozent herabzusetzen. Vor dem 10. Mai 1900: 606,50 Mk., 1910: 466,80 Mk., 1911: nur 274,25 Mk. Der Magistrat hatte beschließen, das Geld abzuholen, was von den Stadtvorbereitern ebenfalls abgelehrt wurde. Begründend wurde angeführt, daß ein geringeres Einkommen

eine höhere Wage bedingt. Die Verhältnisse des armenen Arbeiterstandes im letzten Jahre trugen bedeutend dazu bei, da der Braunkohlenverkauf am Hofen einen geringen Umlauf erzielte. Bei der Plasterung der Dams-Büchle-Straße ist dem Grundbesitzer des Bauwerks Kaufmann ein Gehalt angelehnt worden. Die Wohnung selbst betrug 80 Mark und die zehn Jahre Aufzahlung, wobei ihm pro halbe 1 Mark für die Wohnung gezahlt wird. Eine Neuregelung des Statuts der hiesigen Fortbildungsschule wurde beschlossen. Die Beschlüsse unterliegen der Genehmigung des Magistrats sowie des hiesigen Stadtrates. Die Neuregelung des Statuts der Fortbildungsschule hatte folgendes Resultat: Senator Ruffeher, Rektor Kaufmann, Gutsch, Hermann, F. Hoffmann, Stadtmagistermeister C. Thiere und Kaufmann Zeide. In jeder Sitzung wurde ein Gehalt der beiden Stadtmagister um Erhöhung ihres Gehalts angelehnt. Das jährliche Gehalt der Stadtmagister beträgt jährlich pro Mann 450 Mk. Es ist beabsichtigt, daß gerade die Stadtverwaltung immer sparen will am bescheidenen Geld. Während noch vor kurzem großmächtig 100 Mk. für Jugendpflege bewilligt wurde, verlangt man hier eine minimale Aufzahlung der Lebenshaltung der alleruntersten Beamten. Daß die Tätigkeit eines Stadtmagisters gesundheitlich schädlich im höchsten Grade ist, muß ohne weiteres zugegeben werden. Die Rückzahlung auf sozialen Gebiete können die hiesigen Körperchaften nicht trafter beweisen als gerade hier.

Wohna. Die Sonntagsschule im Handels-Gewerbe. Der Bezirksausschuss des zweiten Verwaltungsbezirks hat in seiner letzten Sitzung mit einer Stimme Mehrheit beschlossen, das Ordnungsstatut der Stadt Wohna auf Einführung volliger Sonntagsschule im Handelsgewerbe dem Staatsministerium bezuziehen. Ueber Ausnahmen für die Betriebsmittelstände wird der Gemeinderat zum beschließen haben.

Allerlei.

Die Waffenspielerbestimmungen.

Der Waffenspieler ist nach wie vor im Steigen begriffen und besteht jetzt Neu-Orleans. Alle Bemühungen, die Deide zu lösen, werden gemacht, aber man beachtet trotzdem, daß die Deide nicht hart genug sein werden, um dem Druck des Waffenspieler zu widerstehen und ein Einbruch der Fluren in die Stadt zu verhindern. In einer 20 Meilen von Neu-Orleans gelegenen Stadt leben die Straßen 7 Meter unter Wasser. Viele Häuser sind eingestürzt. Sämtliche Arbeiterfamilien haben sich aus den umliegenden Dörfern in die größeren Städte geflüchtet. Der Kongress hat eine Summe von 12 1/2 Millionen Mark für die Deide als Unterstützung ausgemessen.

Meines Werts. Der Kongress gegen den Raubmörder Terrell. Die Familie des unglücklichen Terrell in der Alten Hofstraße in Berlin, Mann, Frau und Tochter ermordet, hat vor dem Berliner Schwurgericht begonnen. Der Cunaard dampfer Ulliana, der nach Montreal bestimmt war, ist ungewollt in C. 5 Meilen südlich von den Neufundlandküsten angekommen und so beschädigt worden, daß er fluten mußte. Der Dampfer mußte den Verlust einer Schraube. Die Eismaße verließen förmlich den Golf von St. Lawrence. — Großfeuer. In C. 5 Meilen (Wohna) sind 22 Wohngebäude niedergebrannt, darunter auch das neubauende Schulhaus.

Veranstaltungsberichte.

Veranstaltungsberichte. welche später als zehn Tage nach Stattfinden der Veranstaltung eingehen, finden seine Aufnahme.

Solarbeiter. In der am 4. Mai abgehaltenen Mitgliederversammlung lag der Aufsichtsbereich 1. Quartal vervollständigt vor. Aus demselben ist zu ersehen, daß die Hauptkassen in Einnahme und Ausgabe mit 2615,91 Mk. bilanziert. Der Aufsichtsbereich der Unterführungen 8646,28 Mk. an die Kollegen zurückgezahlt. Die Ausgaben für die Arbeiterfamilien waren im 1. Quartal infolge der schlechten Konjunktur besonders hoch. Sie betragen 2078,66 Mk. Die Vorkasse hatte eine Einnahme von 14.067,28 Mk., eine Ausgabe von 18.067,28 Mk., so daß ein Rückstand von 1000,00 Mk. verbleibt. Hinsichtlich dem angelegten Kassen auf Schluß des Quartals 9407,09 Mk. Die Zahl der Mitglieder erhöhte sich in der Berichtzeit von 1087 auf 1179. In der Vorkasseverteilung war eine Einnahme von 276,20 Mark, eine Ausgabe von 84,70 Mk. zu verzeichnen. Der Mitgliedsbeitrag betrug am 30. März 688. Auf Antrag der Verwaltung wurde dem Kassierer Entlassung erteilt. Unter Vertragsangelegenheiten wurde berichtet, daß die am 1. April eingetretene Lohnerhöhung und Arbeitszeiterhöhung in fast allen Betrieben ordnungsgemäß erfolgt sei. Eine Ausnahme davon machen die Firmen Hubert und Janda. Die Verhandlung über den Streik hat, daß unter allen Umständen verhandelt werden müsse, die vertraglichen Bestimmungen aufrecht zu erhalten. Betreffs der Beitragsleistung für den Vorkasse gibt Kollege Wintelmann Bericht über die hiesige Bestimmung. Es heißt sich heraus, daß es ein großer Teil der Kollegen nicht für nötig hält, dem Gehalt zu folgen. Auf diesem Uebelstand abzuheben, wird beschlossen, daß in Zukunft auch den Vertrauensleuten Vorkassiermarken zum Bericht übergeben werden. Sollte dieses nichts fruchten, sollen hiesige Maßregeln in Anwendung kommen. Eine längere Debatte entfiel über die Unterführung der Kassenverteilung. Diefelbe entbehrte damit, daß der Kassenverteilung Gehalt aufgehoben und die Unterführung einheitlich auf 2,25 Mark pro Tag festgelegt wurde. Der Vorsitzende teilte sodann noch mit, daß für Himmelfahrt ein Ausflug nach Hartmannsberg angesetzt sei. Der Treffpunkt ist früh 8 Uhr auf der Gemarkung.

Es wird öffentlich bekannt gemacht, daß

Knorr's Suppen

die besten sind. :-
Probieren Sie selbst.

1 Knorr's Suppenwürfel = 3 Teller Suppe = 10 Pfennig.

40 verschiedene Sorten.

Solide Familien
erhalten sämtliche Waffenspieler, Gerbwaren, Fleischerwaren, Metzgerwaren, Knabenanzüge u. m. in nur reiner Ware, auch auf Zeitzahlung bei

Friedrich Gronau
- Carlstraße 16. -



Dr. Thompson's Seifenpulver
Marka Schutz

bestes
Waschmittel

Ehe ohne Kinder,
hochwichtige, belebende Stoffe für die Unterfunktion von Dr. Wagner, nach. Versuchung. Mit Anfang Mittel d. Verordnungsform. Preis 1,50 Stück 1,70 Stück 2,00 Stück. Verlangenshalber, Preis 1,50 Stück 2.

Merseburg.
Billig! Neu fabriziert!
100 Stück 3,00 Mk.
50 Stück 3,50 Mk.
100 Stück 3,50 Mk.

guter Geschmack u. gutes Aroma, empfindlich

Firma Hugo Thomas
Zigaretten-Fabrik, Belgische 33.

Frische Makronen,
pro Pfd. 20 Pfennig. In jeder Packung 100 Stück. Preis 1,50 Stück 1,70 Stück 2,00 Stück. Verlangenshalber, Preis 1,50 Stück 2.

Carl Koch,
Bismarckstr. 10
Lernu. u. Seifenfabrik, 6102

Aus dem Geschäftsverehr.

Die Anfertigung von Fisch-Experten spielt heute wohl in fast jedem Haushalt eine große Rolle. In erster Linie haben dies die hohen Preiskurse bewirkt, welche das Interesse vieler Kreise auf die Fischspezialisten lenken. Kluge Substitutionsmöglichkeiten sind in dieser Beziehung mit gutem Beispiel voran; sie tragen viel Aufklärung und Belehrung über den Wert des Fisches als Nahrungsmittel ins Volk und mancherorts ist man sogar dazu übergegangen, eigens zu Zwecken der Belehrung sogenannte Fischforen abzuhalten. An Stelle der reinen Butter verwendet man bei der Zubereitung der Fische vornehmlich die bekannten Margarinen-Marken Heinerle oder Gold, beziehungsweise die Pflanzenbutter-Margarine Cocoa. Die Ratten kommen besser Naturbutter in jeder Beziehung gleich.

Verantwortlich für Reklameteil, Vollständ. Oberleit. Partei-nachrichten Nazi Genüg. Ausland. Gewerkschaftliche. Beamteten und Beamten Nazi Bod. Sozial. Wilhelm Rosen, Brodingerlesse Gottl. Rappart, sämtl. in Halle.



NESTLE
Allbewährte Nahrung
für Kinder und Kranke

Unsere Filial-Expeditionen.

In denen Interale und Monomental-Bestellungen zu Originalpreisen entgegenkommen werden, sind:

H. Wiedorf, Bigarettenhandlung,	Stadenstr. 54.
G. Denbitz,	Zocherstr. 48.
J. Schmeier,	Bismarckstr. 22.
J. Grawe,	Geißstr. 5.
Paul Fischer,	Mittelstr. 5.
G. Jungmann,	Wittenstr. 22.
G. Serrig, Materialwarenhandlung, Zocherstr. 22.	Genet-Expedition, Herzstr. 22/23.

Gr. Ulrichstrasse 58
Leipzigerstrasse 61

Panama-Ersatz
In verschiedenen
chiczen Formen mit
Kleband-Garnitur

Reclame-Preise
1.45 1.90 2.90

English Club

Gr. Ulrichstrasse 58
Leipzigerstrasse 61.

Garten- und Wasch-Tischdecken

Tischdecke mit Fransen M. 2.40 2.00 1.75 1.50 1.35 1.10 M.
Tischdecke gesäumt M. 3.00 2.40 1.50 1.30 1.10 98 Pf.
Stückware Mtr. 1.95 1.85 1.50 1.28 1.20 1.00 95 Pf.

Gastwirte erhalten Vorzugspreise.

Markisen-Drelle
grau, grau-rot gestreift, grau-bunt gestreift, in allen Breiten und Preislagen.

Markisen-Leinen, Markisen-Franse.

Geschäftshaus
J. Lewin Billigste Auswahl. Preis.

Halle a. S., Marktplatz 2 u. 3.

Nussbaum.

Auto-Klappstühle in jede Lage verstellbar Mk. 22.50 bis 7.45
Faulenzer mit und ohne Armlehne und Fußstütze Mk. 4.25 2.95 1.45
Schaukelstühle Wiener Fabrikat Mk. 46.00 33.50 25.00
Schreibstessel Mk. 15.50 13.50 7.75
Feldstühle Mk. 96 48 35 Pf.

Nähmaschinen
aller Systeme, 4 Jahrgänge, von 60 Mark an.
Mit sämtlicher Zuzahlung
bei feiner Anspinnung.

Reparaturen schnell und billig.

Karl Möller, Brüderstraße 9a, Amtsgesicht.

Fahrräder!!!
Ich kaufe ca. 100 Fahrräder spätklassiger Marken und gebe solche zu noch nie dagewesenen Preisen wieder ab.
30 Grosse Brauhausstrasse 30.

Hutgebrungen, eilige rote Hände
u. Arme, raube Haut befreit über Nacht Zerkook-Creme (nicht fettend), Tube 20, 50, 75 Pf. u. 1.00.
Zerkook-Seife, unempfindlich für reinen, sauren Seifen, 50 Pf. bei Apotheker W. Hofer, Geißstr. 59/60; H. Süss Nachr., Or. Geißstr. 33; R. Berthold, Or. Geißstr. 18; H. Schulte, Bernburgerstr. 22; G. Ballin jr., Leipzigerstr. 63; O. Ballin sen., Leipzigerstr. 91; Schwannendrogerie, Leipzigerstr. 104; Max Radler, Rannischestr. 2; F. A. Pata, Or. Ulrichstr. 55; H. Waiskopf Nachr., Or. Ulrichstr. 30; H. Pahl, 20m Bucherstr. 75; M. Ost, Steinweg 28; Gg. Niedermann, Bollstr. 1; Fr. Patschke, Geißstr. 24 u. Bahnhofs-Apothek, Geißstr. 3.

Wachstuch-Taschen
für Bücher und Fruchtsäck.
C. F. Ritter, Leipzigerstr. 90, M. d. R.-Sp.-V.

Richard Flemming,
Salle a. G., Schmeerstraße 22.
Optische Werkstatt.
Größe Glasoptik, billige Brillen.
Kinderwagen in verkaufen.
Wägenstraße 33, 3 Tr. 1.

Arbeitsmarkt
Violin- u. Klavier-Unterricht
Kera, erstein May,
Eichendorffstr. 28, Torstr. 49.

Tücht. Zimmerleute
Heil ein Gr. Brunnenstr. 65.

Hammertelle
kauft Joh. Bernhard, Köhlerstr. 4.
Güter, Sportwagen zu verkaufen
Torstr. 31, III.

Buntglas-Papier
zum Bekleben d. Fensterscheiben.
C. F. Ritter, M. d. R.-Sp.-V.

Wärmer
nebst Brot befähigen jeder
„Warmer“-Zubehören Gd. 35 Pf.
Bahnhof-Apothek u. Bahnh.

Washgefäße
dauerhaft und billig, Größe Auswahl.
Böttcher, Schillerstr. 1.

Abwaschbare Handschiffen-Schoner
Kleiner Berlin 2, I.

Schleifeseif.
Mische Schleifeseif.,
Schiffstraße 2.

**Morgen, Mittags
Früh 8 Uhr: Weißfleisch**
Otto Becker, Krollwitz.

Mod., g. erh. Kinderwagen
bill. zu verk. Streiberstr. 51, G. V.

Ausgleichsportarten
vollständig

Entlaufen 2 Schäferhunde
von der Hunde-Ausstellung.
Gegen Belohnung abzugeben
Bellevue, Landauerstrasse.
Vor Ankauf wird gewarnt.

Zur Anfertigung, Anarbeiten und von Polstermöbeln,
sowie Gardinestücken und Wohnzusätzen empfiehlt sich
A. Adler, Albrechtstraße 18.
Telephon 3369.

Gewerkschaften und Vereinen
sowie den Herren Gastwirten
empfiehlt sich Unterzeichnete zu
den bevorstehenden
Sommerfesten u. Wasserfahrten
zur Feierung von
Stocklaternen, Lichten
und Stäbchen.
Bei frühzeitigen Bestellungen
kann jeder Wunsch betr. Farbe
und Form berücksichtigt werden.
Bei Entnahme von einem Groß
ist das Ausdrucken v. Namen
und Titeln gratis.

Bollschuchhandlung
Gars 42/43.

Fussball-Pumpen
von 75 Pfg. an.
C. F. Ritter, Leipzigerstr. 90,
M. d. R.-Sp.-V.

Standsamtliche Nachrichten.

Halle a. S., Marktstr. 2, 6. Mal.

Aufgehoben: Elektromonteur
Gronberger und Anna Große
(Vaterstr. 10 u. Magdeburgerstr. 45).
Wächter Marx u. Emilie Steiner
(Kl. Ulrichstr. 15 u. Jungfernhof).
Sichmayer Paul und Marianna
Gehrmann (Dol. und Grollin).
Pfeiffermeisterin Klante u. V.
Vahne (Polleben).
Reinhold Ritter u. Marianna
Gehrmann (Ganzbrücken u. Jüdau).
Bühnenverwalter Angelehnt Odet u. H.
Peters (Halle u. Anklam).
Arbeiter Bauhauer und M. Schmidt
(Halle u. Röhren).
Bescheidener: Geschäftsführer
Ulrich u. Maria Ginke (Edler-
plan 1).
Gehören: Arbeiter Otto Sohn
(Alt Markt 20).
Arbeiter Merkel
(E. Wöhlertstr. 42).
Arbeiter
Klarz E. (Schmeierstraße 24).
Arb. Weiser E. (Brudergasse 10).
C. Greinerstr. 13).
Bureauchef Kraußbr. 2. (Helm-
gasse 13).
Arbeiter Dewern
(Hallestr. 41).
Maler Eppow
(Kraußstr. 22).
Arbeiter
Kneiß E. (Jakobstraße 44).
Prokurist Dämmig E. (Halle Brömer-
straße 13).
Arbeiter Michel Sohn
(Barndorfplatz 2).
Fellenauer
Schmilch E. (Weidenauerstr. 159).
Geh.-Schaffner Dake E. (Kron-
bergstraße 9).
Gehören: Maurer Günther,
61 J. (Schweinfelderstr. 7).
Witwe
Wilhelmine Rodde geb. Kohl,
meistens Güterstr. 11).
Arbeiter
Duba aus Hildesheim, 62 Jahre,
Eilichstr. 27).
Arbeiter
Kraußbr. 2. (Hallestr. 41).
Maler Eppow
(Kraußstr. 22).
Arbeiter
Kneiß E. (Jakobstraße 44).
Prokurist Dämmig E. (Halle Brömer-
straße 13).
Arbeiter Michel Sohn
(Barndorfplatz 2).
Fellenauer
Schmilch E. (Weidenauerstr. 159).
Geh.-Schaffner Dake E. (Kron-
bergstraße 9).
Gehören: Maurer Günther,
61 J. (Schweinfelderstr. 7).
Witwe
Wilhelmine Rodde geb. Kohl,
meistens Güterstr. 11).
Arbeiter
Duba aus Hildesheim, 62 Jahre,
Eilichstr. 27).
Arbeiter
Kraußbr. 2. (Hallestr. 41).
Maler Eppow
(Kraußstr. 22).
Arbeiter
Kneiß E. (Jakobstraße 44).
Prokurist Dämmig E. (Halle Brömer-
straße 13).
Arbeiter Michel Sohn
(Barndorfplatz 2).
Fellenauer
Schmilch E. (Weidenauerstr. 159).
Geh.-Schaffner Dake E. (Kron-
bergstraße 9).

Wegweiser für unsere einkaufenden Abonnenten.

Abzahlungs-Geschäfte. M. Thiele, Göbenstr. 1. P. Blumenhandlungsbücherei und Kranshandlung Wilh. Hahndorf, Schülershof 2. Marktplatz Verkauf, a. Roland. Briketts, Kohlen Rich. Wolf, Verlag, Königstrasse. Drucken und Farben M. Rädler, Rannischestr. 2. Ein- und Verkauf-Geschäfte F. Henke, Kl. Ulrichstr. 15. A. Holland, Zapfenstrasse 18. Eisen- und Stahlwaren F. Lindenhahn, Königstr. 8. Eisernen Ofen Christian Glaser, Gr. Klausstr. 24. F. Lindenhahn, Königstr. 8.	Fahrräder und Nähmaschinen Henry Klemp, Reilstr. 2. Oskar Wistneck, L. Wuchererstr. 59 Fleischermeister, Wurstfabriken J. Klotzmann, Advokatenweg 27. Franz Kunze, Burgstr. 59. Ang. Mangold, Marsburger- str. 105. Otto Ullrich, Böckerstr. 1. Handliewagen-Fabriken Theodor Lühr, Leipzigerstr. 94. Haus- und Küchengeräte. K. Kuckebach, Rannischestr. 12. Herrenbekleidung M. Rosenthal, Leipzigerstr. 1. (Kathaus).	Hüte und Mützen Friedrich Fleißner, Geiststr. 23. Kartongänge W. Schnell, L. Wuchererstr. 40. Kaufhäuser H. Elkan, Leipz. Str. 87. Bekleid- gegenst. jeder Art. Kleiderwagen Theodor Lühr, Leipzigerstr. 94. Kolonialwaren Franz Geyer, Gr. Brunnenstr. 32 p. C. Lange sen., Kl. Ulrichstr. 36.	Lederhandlungen Herm. Schmidt, Geiststr. 23. Möbel-Magazine Möbel-Handl. Tischlerstr. Gr. Ulrich- Maz. 3. (Hallestr. 22). Photographische Ateliers Rich. Schröder, nur Stein- weg 17. Schneider-Bedarfsartikel F. C. Wissell, Marktplatz 11. L. Zengerling, Schulstr. 7. Schuhwaren Friedr. Denzer, Lauchstädterstr. 6.	Spezialien, Möbeltransport O. Kästner & Co., Brunoswarde 36. Wilh. Müller, Brunnenstr. 58 Uren- und Goldwaren Friedr. Hofmann, Gr. Klaus- str. 22. Robert Koch, Leipzigerstr. 44. Albert Menckel, Gr. Steinstr. 62. A. Weisz, Kleinschmidien 6. Weine und Fruchtsäfte etc. M. Kade nach, Charlottenstr. 11. M. Kade Nachf., Magdeburgerstr. 59. Weiss-Woll-Tapisserie Franz Baume, Leipzigerstr. 56.	Zahn-Technik W. Muder, Neue Promenade 16, Dank vis-a-vis Leipzig-Turm Zigaretten-Handlungen Carl Jung Nacht, I. Sternhorn, Zigaretten, Zigaretten, Halle a. S., Gr. Klausstr. 37. Ammerdorf. Gärtener Diesel, Fernstr. 25. Adler-Drogerie, Ernst Moses. Sanit-Drogerie, Inh.: Mich. Glanbig. Ammerdorf, Radewell Hallestr. 65. Hauptstr. 20. A. Hermann, Urmacher. Kaufhaus Herker, Gr. Klausstr. 6. O. Probsthahn, Bettf.-Rein.-Anst. W. Wiascher, Schulwaren. P. G. Blank, Kaufhaus, Radewell.
--	--	---	--	--	---

Für die Inserate verantwortlich: Rob. S. Jäger - Druck der Halle'sch. Genossenschafts-Verlagsd. (G. G. m. b. H.) - Verleger: born. Aug. C. o. b. l. e. H. S. a. b. n. i. a. - Emil J. Delle a. R. W.